

SPD lässt CDU-Renten-Rebellen auflaufen

Von Dietmar Neuerer

In der Union wird die Kritik an der Rente mit 63 immer lauter. In der Bundestagsfraktion ist von „ziemlicher Unruhe“ die Rede. Den SPD-Arbeitnehmerflügel schert das wenig. Änderungen will man keinesfalls mittragen.

Der Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels, Klaus Barthel, hat Kritik aus der Union am Rentenpaket von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) scharf zurückgewiesen und Änderungen abgelehnt. (...) „Wir werden uns dagegen wehren, dass ausgerechnet die Schwächsten Opfer solcher Spielchen werden.“

Das Rentenpaket von Nahles, das neben der Rente mit 63 Jahren auch die sogenannte Mütterrente beinhaltet, war am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten worden. Die Kritik der Union entzündet sich vor allem daran, dass bei dem geplanten früheren Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren auch Zeiträume berücksichtigt werden sollen, in denen Arbeitnehmer arbeitslos gemeldet waren. (...)

Mehrere Dutzend Bundestagsabgeordnete von CDU und CSU wollen hingegen Änderungen der Pläne für die Rente mit 63 durchsetzen. „Nur wenn jemand tatsächlich 45 Jahre lang Beiträge eingezahlt hat, sollte er mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen können“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs. (...)

Heftige Kritik an Plänen der Koalition: „Dieses Rentenpaket ist nicht gerecht“

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) versprach (...): „Keine Frühverrentung, und wer länger arbeiten will, soll davon auch etwas haben.“ Die CDU werde dafür sorgen, „dass die Handschrift der Union, die im Koalitionsvertrag drin ist, auch bei der Umsetzung deutlich wird“.

(...)

Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren inklusive Arbeitslosigkeit festgelegt - allerdings ohne dies zeitlich einzugrenzen. (...)

Koalitionskrach um Rente mit 63: Union hat Angst vor der Frühverrentungswelle

Nach Berechnungen führender Wirtschaftsexperten werden die Rente mit 63 und der geplante Mindestlohn zu einem Arbeitsplatzabbau im hohen sechsstelligen Bereich führen. Der Rentenexperte Axel Börsch-Supan vom Max-Planck-Institut für Sozialpolitik sagte (...): „Die Rente mit 63 wird den Facharbeitermangel spürbar verschärfen. Sie wird uns circa 250.000 Beschäftigte kosten, im Vergleich also fast zehn Prozent der derzeitigen Arbeitslosen. Das bremst die Wirtschaft.“

Ökonom Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut warnt vor einem Jobabbau durch den Mindestlohn von 8,50 Euro (...). Sein Kollege Börsch-Supan kritisiert, dass der Mindestlohn bereits ab 18 Jahren gelten soll: „Der Mindestlohn wird bei der Jugendarbeitslosigkeit voll durchschlagen. (...) Der Mindestlohn darf erst ab 25 Jahre gelten.“

Der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung stellt Börsch-Supan ein verheerendes Zeugnis aus: „Die Große Koalition schwächt mit ihrer Politik den Wirtschaftsstandort Deutschland. (...) Sozialleistungen müssen nun einmal aus dem Bruttoinlandsprodukt bezahlt werden. Dieser Grundsatz wird gerade mit Füßen getreten.“

(...)

Der vollständige Artikel erschien in Handelsblatt am 6. April 2014.